

# Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 40 Pf. Die Post bezogen vierteljährlich 1.25 unter Kreuzband für Deutschland und Ausland 1.50 — Erdemittel tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingertstraße 14. II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingertstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Anserte werden die 6 geteilte Perzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 101.

Dresden, Mittwoch den 4. Mai 1910.

21. Jahrg.

## Arbeiter, gedenkt der ausgesperrten Bauarbeiter!

### Student und Arbeiter.

Eine Ansprache an die deutschen Studenten der Technischen Hochschule in Dresden von Professor Dr. jur. E. Sche. wurde kürzlich in der Zeitschrift Der Arbeiterfreund veröffentlicht und hat auch als Sonderabdruck Verbreitung gefunden. „Zur Förderung der Unterrichtskurse für Arbeiter“ Professor Sche seine Ansprache gehalten, die recht wertvolle Worte enthält, so daß man nur wünschen kann, sie auch recht fruchtbaren Boden gefallen sein und von den Studenten beherzigt werden. Aber diese Ansprache ist auch ein soziales und politisches Ziel zum Ausdruck, ein Ziel, das einig ist. Nicht etwa, weil von diesem etwas für die moderne Arbeiterbewegung zu beibringen wäre, sondern nur deshalb, weil es uns angebrachten ist, in den Wein der Versöhnungsmilchungen etwas Wasser zu geben und zu zeigen, daß und warum die weitgehenden Forderungen, die Professor Sche und seine „ethischen“ Freunde den gegenseitigen Schicksalserlernen von Studenten und Arbeitern setzen, sich nicht erfüllen werden und nicht erfüllen können.

Professor Dr. Sche war von 1888 bis 1903 national-liberaler Reichstagsabgeordneter für den 21. sächsischen Stimmkreis. Er hat gewiß auch sonst in seinen reichlich Gelegenheiten gehabt, zu beobachten, wie groß Mühsal und das Unverständnis sind, mit denen die Arbeiter und vor allem die Unternehmer und Betriebsleiter die Regel den Arbeitern gegenüber treten. Die Studenten der Technischen Hochschule werden daher auch in der Regel Ingenieure, Chemiker, Architekten, Betriebsleiter und manchmal direkt und täglich mit den Arbeitern zu tun haben. Und Professor Sche, der an der Technischen Hochschule in Dresden sozialwissenschaftliche Vorlesungen hält, kann die Studenten bewegen, enge Fühlung mit den Arbeitern zu nehmen, damit sie, die späteren Betriebsleiter und Unternehmer, die Arbeiter und deren Lage näher kennen und verstehen lernen, aber auch umgekehrt die Arbeiter aus ihrem Isoliertsein mit den Studenten die Erfahrung schöpfen, daß die Arbeiter und die sozial höher stehenden Mitglieder der Gesellschaft im allgemeinen doch nicht einfach als unheimliche Bestien zu betrachten seien.

Darüber, daß der Herr Professor den Gegensatz der „Herabgelassenen“ so darstellt, als ständen sich „Gebildete“ und „Ungebildete“ gegenüber und er in den Studenten die zukünftigen „Lehrer und Führer“ des Volkes zu sehen scheint, man ihm hinwegsehen, in Anbetracht der Wahrheiten, die er den Studenten sagte. „Viele, nur zu viele unserer akademisch gebildeten in Amt und Würden“ sagte er, „aber auch unter Studierenden meiden ängstlich oder verständnislos jede Verührung mit der Arbeiterwelt, ziehen sich in eine isolierte Ueberhebung auf ihren Folienschirm zurück in das Schneckenhaus ihrer Exklusivität“. Er beurteilt das da aus mit beneidenswerter Sicherheit und Treue um so verletzter — den Arbeiter und die „Verhältnisse“. Der Sohn des arbeitenden Volkes, meint er ferner, verdiene schon mit 17, 18 Jahren selbst sein Brot, lerne in der täglichen Arbeit dem Kampf ums Dasein und versuche durch Teilnahme an Vereinen und Veranstaltungen, durch Vertrete sich weiter über soziale Fragen unterrichten. Darum müsse auch die studierende Jugend „Belieben der Zeit verstehen und von dem Morgenwind der neuen Zeit geweckt werden zu bisher ungewohnter, aber noch nötiger und segensreicher Arbeit“. Die Studenten sollen sich an einer Arbeit beteiligen, die sie zu nächstern und klar bildenden Menschen erziehe.

Diese Arbeit soll in der Beteiligung an einer Settlementsbewegung bestehen, die man in Deutschland mit den Unternehmern einleiten möchte, wie sie auch an der Technischen Hochschule in Dresden bestehen. Die Studenten erteilen Arbeitern unentgeltlich einen Fortbildungsunterricht in Deutsch, Französisch, Algebra, Zeichen, Geometrie, Buchführung usw. Die politische Tendenz ist beim Unterricht ausgeschlossen, die Arbeiter sollen nur die Möglichkeit geboten werden, ihre Fachkenntnisse durch Elementarkurse wieder aufzufrischen. In Amerika, England und Dänemark finden sich nach dem Unterricht zu geselligem Beisammensein Studenten und Arbeiter zusammen und es werden wissenschaftliche, soziale und politische Meinungen ausgetauscht. Das sind die „Settlements“. In Deutschland gingen die Unterrichtskurse von der Technischen Hochschule in Charlottenburg aus, wo im Jahre 1901 zuerst derartige Kurse veranstaltet wurden und im Wintersemester 1908/09 bereits 38 Studenten Arbeiter Unterricht erteilten. In ganz Deutschland sind im Winter 1908/09 als Leiter dieser Arbeiterunterrichtskurse bereits über 7000 gezählt.

Diese Unterrichtskurse wird jedermann mit Freude begrüßen. Eine wesentliche soziale Bedeutung haben sie nicht. Immerhin vermag eine Anzahl Arbeiter ihre Schul-

kenntnisse zu erweitern, und das ist sicher ein Gewinn. Freigedene eine andere Bedeutung haben aber auch die Settlements nicht, wie sie in Amerika, England und Dänemark bestehen und die den studentischen Unterrichtskursen in Deutschland zum Vorbild dienten. Sie haben in keinem dieser Länder die Lohnkämpfe verhindert oder auch nur mildern können, obwohl, wie Professor Sche nach Hörsiers Buch Christentum und Klassenkampf seinen Studenten mitteilte, sich die Anschauungen der Studenten durch den Verkehr mit den Arbeitern geändert haben sollen. „Wer nur ein Jahr mit den Armen gelebt hat“, habe einer gesagt, „der kann nimmermehr in seinen alten Gedanken bleiben“. Ein Mensch, der nur eine Klasse kennt, ist wie ein Mensch, der nur ein Buch gelesen hat.“ Dies ist alles ganz richtig. Aber wenn Herr Professor Sche seinen Studenten ferner sagte, daß in England und Nordamerika infolge der Settlementsbewegung der scharfe Gegensatz zwischen den verschiedenen Schichten des Volkes mehr und mehr abnehme und sich Unternehmer und Arbeiter durch gemeinsame Kultur verbunden fühlten, „einig in der Liebe zum gemeinsamen Vaterlande“, und er glaubt, auch in Deutschland dieses Ziel durch Settlements erreichen zu können, so wollen wir seine naiven Selbsttäuschungen sowohl in bezug auf England und Amerika und noch mehr auf Deutschland zwar nicht zerstreuen — weil sie niemand schädigen —, aber doch darauf hinweisen, daß Herr Professor Sche, der frühere national-liberale Reichstagsabgeordnete, verärgert hat, seinen Studenten auch zu sagen, was die wichtigsten Vorbedingungen und notwendigsten Konsequenzen einer Settlementsbewegung sind und weshalb eine solche in Deutschland zurzeit keinen Boden finden kann!

Professor Sche führte am Schlusse seiner Ansprache aus: „So werden... die akademischen Arbeiterunterrichtskurse mit dem durch sie vermittelten Verkehr zwischen Studenten und Arbeitern allmählich den Weg bahnen zum sozialen Frieden. Welcher Gewinn, welcher Segen für unser ganzes Volk würde das sein! Und warum sollte er nicht möglich sein? Er ist nicht nur ein schönes Bild im erträumten Zukunftsbild. Wir können ihn erringen, wenn wir alle nur wollen, wenn Sie wollen, meine lieben Herren Kommilitonen! Wir müssen nur den Herrenstandpunkt, den Dünkel überwinden, der den Arbeiter nicht als gleichberechtigten Faktor in Staat und Gemeinde anerkennen will, wir müssen den Arbeiter wieder verbinden mit uns durch persönlichen Verkehr, durch gesunde geistige Interessen.“

Um die Ueberwindung des „Herrenstandpunktes“ handelt es sich allerdings, wenn dieser überwunden ist, dann ist der „soziale Frieden“ erreicht. Aber wer den Arbeiter als „gleichberechtigten Faktor“ anerkennen will, muß ihm in erster Linie und ganz selbstverständlich die völlig gleichen politischen Rechte mit den Besitzenden zubilligen. In Deutschland müßten also die Studenten, die den Arbeitern näher treten, nach den Unterrichtsstunden „bei einer Tasse Tee“ — wie in den Settlements — in ungezwungener Aussprache mit den Arbeitern ein Schicksalsverständnis herbeiführen wollen, mindestens zunächst Demokraten werden, wie die in den Settlements in Amerika, England und Dänemark tätigen Studenten ganz selbstverständlich demokratischen Anschauungen huldigen. Ohne die Anerkennung der demokratischen Gleichberechtigung ist jede Annäherung der Studenten an die Arbeiter von vornherein ausgeschlossen. Deshalb sind auch nur in demokratischen Ländern Settlements möglich. Daß in Dänemark, England und Amerika den sozialen Bestrebungen der Arbeiter auch von Seiten der Gebildeten und der Besitzenden ein größeres Verständnis entgegengebracht wird, ist insofern richtig, als die Arbeiter und ihre Organisationen als gleichberechtigte Faktoren anerkannt werden. Das hat aber seine Ursachen nicht in der Settlementsbewegung, sondern in der Demokratie! Die sozialen Gegensätze bleiben freilich trotzdem bestehen, und deshalb auch die sozialen Kämpfe. In Deutschland ist Demokratie heute ganz selbstverständlich Sozialdemokratie. Und die Studenten der technischen Hochschulen, welche den geistigen und gesellschaftlichen Verkehr mit den Arbeitern suchen, werden entweder den Dünkel und Herrenstandpunkt behalten — und dann bald wieder die Arbeiter verlassen. Oder aber, sie werden den Dünkel und den Herrenstandpunkt ablegen und dann mit den Arbeitern die politische und soziale Gleichstellung erstreben. Ein drittes ist unmöglich.

### Preußische Geizlichkeit.

Im preußischen Abgeordnetenhaus kam es am Dienstag zu wichtigen politischen Auseinandersetzungen zwischen der Sozialdemokratie auf der einen und den reaktionären Parteien und der preußischen Regierung auf der anderen Seite.

Der Minister des Innern hatte am Montag verschiedene von unserem Genossen Strödel und den freisinnigen Abgeordneten Fischbeck gegen seine gesetzgebende Handhabung des Reichsvereinsgesetzes vorgebrachten Beschwerden unbeantwortet gelassen. Am Dienstag nahm Genosse Hirsch erneut Veranlassung, den schweigsamen Minister zum Reden zu bewegen. An der Entstehungsgeschichte und an der Hand der vom damaligen Minister des Innern Herrn v. Bethmann-Hollweg gegebenen Versprechen auf lokale Handhabung der „liberalen Vorkerungsgesetze“ zeigte unser Redner, daß das jetzige Verhalten der preußischen Regierung nicht nur im Widerspruch mit dem Wortlaut des Gesetzes stehe, sondern auch mit den damals vom Regierungsrat abgegebenen feierlichen Erklärungen. Unsere Parteigenossen haben schon damals auf diese Erklärungen nicht geachtet und das Gesetz abgelehnt. Jetzt sieht man, wie richtig vor damals die preußische Regierung eingeschätzt haben und wie leichtgläubig die Freisinnigen gewesen sind, die erfreulicherweise jetzt mit uns gegen diese falsche Interpretation des Gesetzes protestieren. Weiter brachte Genosse Hirsch die Schwierigkeiten zur Sprache, die auf Grund eines Erlasses des Ministers des Innern von manchen Gemeindevorständen immer noch den Gefuchen gemacht werden, eine Abschrift der Wählerlisten zu erhalten. Schließlich brandmarte Genosse Hirsch die Ausweisung von sechs Tischlern aus Ziegenhals, die österreichischer Staatsangehörigkeit waren und das Verbrechen begangen hatten, sich bei einem Streik mit ihren deutschen Kollegen solidarisch zu erklären. Auch die Auslieferung des geisteskranken Russen Wirsli an die Penserfnechte des russischen Zaren kennzeichnete unser Redner als einen neuen Liebesdienst an die russische Krone.

Auf die von hohem stillen Ernst getragenen Ausführungen unseres Redners folgte eine heitere Episode. Branden stein von der äußersten Rechten machte gegen die sozialdemokratischen Demonstrationen scharf und malte blutige Schreckgespenste von den Folgen an die Wand, die bei solchen Zusammenrottungen geschworener Feinde der bestehenden Staatsordnung entstehen können. Nach ihm hat die Polizei bereits vor der Sozialdemokratie labilisiert, die rohe Gewalt feiert Triumphe, und nur die Strafe, wenn auch auf Kosten der Gerechtigkeit erfolgreiche Anwendung aller Bestimmungen kann Hilfe bringen.

Der Wunsch der Junker ist der preußischen Regierung Befehl, und wie auf einen Wink erhob sich Herr v. Wollke und las eine halbe Stunde lang eine Rede ab, die eine Entschuldigung an die Adresse derer um Herbrand sein sollte. Er operierte dabei mit Zitate, die ihm seine Geheimräte aus der sozialdemokratischen Presse zusammengestellt hatten und die, aus dem Zusammenhange gerissen, natürlich einen ganz falschen Sinn gaben. Gegen diese für die Rede zurechtgelegte Gewaltanwendung der Sozialdemokratie sind dann alle Mittel erlaubt, sogar die ungesetzlichen. Das löste den hellen Beifall der Rechten aus, die ein lautes Freudengehul anstimmte, als der Minister zu seiner Rechtfertigung auf die noch nicht einmal rechtskräftige Verurteilung unseres Genossen Warth vom Vorwärts hinwies.

Selbst der national-liberale Abgeordnete Dr. Friedberg rühte vom Minister weit ab; Recht muß Recht bleiben. Nur Octavio v. Redlich breitete segnend seine Hände über den so folgamen Polizeiminister. Von unserer Fraktion nahm Genosse Lieberich Gelegenheit, die Unhaltbarkeit der ministeriellen Anweisung an die Polizeibehörden juristisch nachzuweisen.

Aus der „Gesetzlichkeitsrede“ des preußischen Polizeiministers greifen wir folgende erbauliche Stellen heraus:

„Was die Frage der Umzüge anlangt, so ist es mir nicht unangenehm, daß mein Erlass vom 16. April jetzt — ich weiß nicht auf welchem Wege, aber es wird sich das ja herausstellen — im Vorwärtssinne veröffentlicht worden ist. Das Reichsvereinsgesetz unterscheidet die öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel einerseits und die öffentlichen Umzüge auf Straßen und freien Plätzen andererseits. Die Form dieser Versammlungen ist nicht verboten, aber sie ist an die Genehmigung der Ortspolizeibehörden geknüpft, diese darf nur dann erteilt werden, wenn keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist. Ich kann den mir unterstellten Behörden grundsätzliche Direktiven für die Beurteilung der Frage der öffentlichen Sicherheit geben. Das ist nicht nur mein Recht, sondern in politisch so erregter Zeit wie die Gegenwart meine Pflicht als Polizeiminister. Es kann sehr wohl vorkommen, daß ein und dieselbe Polizeibehörde heute einem Antrag auf Genehmigung einer solchen Versammlung unter freiem Himmel zustimmen kann und sie morgen verweigern muß. Erdbeben, große Massen auf der Straße, mit den unermesslichen Zufußern, bergen schon eine Gefahr in sich. Welt bedenklicher sind solche öffentlichen Aufzüge, wenn sie in der unüberhöllt ausgesprochenen Absicht und lediglich zu dem Zwecke veranstaltet werden, um Zwiespalt und Haß in die Reihen der Bevölkerung zu tragen und den ruhigen Bürger einzuschüchtern oder aufzureizen, wenn sie veranstaltet werden von einer erregten, verhetzten oder, wie Sie es